



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 17

8. Mai 2024

Inhalt

Europatag

[Silberbach: „Es ist keine Zeit für Protestwahlen!“](#)

Gewerkschaftstag des DBB NRW

[Den öffentlichen Dienst zukunftstauglich gestalten](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Qualität der Lehrkräftebildung sichern und steigern](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Europatag

Silberbach: „Es ist keine Zeit für Protestwahlen!“

Am 9. Juni ist Europawahl, am 9. Mai Europatag: Der dbb Chef fordert klare Kante gegen die Feinde der Demokratie.

„Eine gute Zukunft für Deutschland und ein handlungsfähiges Europa gehören für mich zusammen“, sagte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb, am 8. Mai 2024 in Berlin mit Blick auf den Europatag. Rechtsstaatlichkeit, Demokratieförderung und Chancengleichheit – unter anderem das seien die entscheidenden Gebote der Stunde. „Was wir gerade erleben, ist eine gefährliche Polarisierung der Gesellschaft. Hass und Hetze bringen uns nicht weiter, im Gegenteil: Schlimmstenfalls schlagen sie in politisch motivierte Gewalt um.“

Insbesondere am Europatag sei es wichtig, sich den Wert der freiheitlichen Demokratie vor Augen zu führen, betonte Silberbach. „Extremismus hat in Europa keinen Platz. Ganz entscheidend ist, dass alle Demokratinnen und Demokraten zusammenhalten. Deshalb gilt auch bei der Abstimmung am 9. Juni: Es ist

keine Zeit für Protestwahlen! Es ist Zeit, die Demokratie zu stärken!“

Für die Europawahl 2024 hat der dbb eine Sonderseite (www.dbb.de/europawahl) eingerichtet, auf der sich die gewerkschaftlichen Positionen nachlesen lassen. Außerdem gibt es weitere Videobotschaften der dbb Bundesleitung.

Hintergrund:

Mit dem Europatag am 9. Mai erinnert die Europäische Union an ihre Anfänge: Ein Meilenstein ist die Schuhman-Erklärung vom 9. Mai 1950, die den Plan umfasste, die westdeutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion zusammenlegen. Ihren Namen verdankt sie dem damaligen französischen Außenminister Robert Schumann.

Gewerkschaftstag des DBB NRW

Den öffentlichen Dienst zukunftstauglich gestalten

Sinkendes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat, Fachkräftemangel und steigende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Welche Maßnahmen braucht es dagegen jetzt?

„Ein starker und reibungslos funktionierender öffentlicher Dienst ist die Grundvoraussetzung für einen leistungsstarken Staat“, betonte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach am 7. Mai 2024 auf dem Gewerkschaftstag des DBB NRW. Der aktuelle Zustand des Staates sei allerdings besorgniserregend. „Nur noch 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen – zwei Drittel sehen den Staat als überforderte Institution.“ Das hatte die letzte Bürgerbefragung des dbb ergeben. „Dies liegt vor allem an den schwierigen Rahmenbedingungen, die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst bei der Arbeit ausbremsen“, erklärte Silberbach. „Gleichzeitig macht der Fachkräftemangel ausnahmslos allen Bereichen zu schaffen. Allein in NRW sind aktuell über 20.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt. Weitere 30.000 Beschäftigte gehen in den kommenden Jahren in den Ruhestand.“ Um diesen Personalbedarf auch nur

halbwegs einzudämmen, müsse die Politik die Attraktivität des Staatsdienstes unbedingt erhöhen. „Konkret bedeutet das: Konkurrenzfähige Bezahlung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, moderne technische Ausstattung, Fortschritte bei der Digitalisierung, Investitionen in die Fort- und Weiterbildung und nicht zuletzt einen Stopp beim Aufgabenzuwachs.“

Silberbach weiter: „Sobald die Bürgerinnen und Bürger an der Verlässlichkeit ihres Staates zweifeln, besteht die Gefahr, dass sie über kurz oder lang auch an der Demokratie und unserem politischen System zweifeln. Da verwundert es kaum noch, dass Populismus und Extremismus auf dem Vormarsch sind. In Anbetracht dessen müssen wir das Bundesverfassungsgericht besser vor Verfassungsfeinden schützen.“ Eine unabhängige Justiz sei elementar für eine funktionale und freie Demokratie. In seiner Rede kritisierte der dbb Chef

auch die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst: „Das darf so nicht weitergehen. Wir erwarten von der Politik ein konsequentes Durchgreifen gegen jedwede Art von Angriffen auf unsere Kolleginnen und Kollegen, eine systematische Erfassung der Angriffe und die Umsetzung konkreter Präventionsmaßnahmen. Der Staat darf seine Beschäftigten nicht im Stich lassen.“

Auf dem Gewerkschaftstag wählte der Landesverband einen neuen Vorstand. Im Zuge dessen wurde Roland Staude als erster Vorsitzender des Landesvorstandes wiedergewählt. Silberbach bedankte sich für sein langjähriges gewerkschaftliches Engagement und gratulierte ihm zur Wiederwahl: „Der DBB NRW ist ein schlagkräftiger und gut aufgestellter Landesbund innerhalb unserer dbb Familie – das ist auch Dein Verdienst, lieber Roland!“ Er wünschte der frisch gewählten Landesleitung viel Erfolg beim Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen.

dbb Bildungsgewerkschaften

Qualität der Lehrkräftebildung sichern und steigern

Im Kampf gegen den Lehrkräftemangel warnen die Bildungsgewerkschaften unter dem Dach des dbb vor zu kurz gedachten Maßnahmen.

Simone Fleischmann, dbb Vize und Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, betonte am 7. Mai 2024: „Die Bildungsqualität aufzuweichen, ist keine Lösung für den Lehrkräftemangel. Stattdessen muss die Qualität in der Lehrkräftebildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen gesichert und perspektivisch gesteigert werden.“ Nur so könne die Bildungsqualität langfristig gewährleistet und ein entscheidender Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft geleistet werden. „Die Zweiphasigkeit der akademischen Ausbildung, eine angemessene Dauer des Vorbereitungsdienstes und das Zwei-Fach-Lehramtsstudium sind zentrale Qualitätspfeiler der Lehrkräftebildung. An diesen Pfeilern darf nicht gerüttelt werden.“ Eine zweiphasige Ausbildung bedeutet, dass angehende Lehrkräfte ihr Wissen und ihre Kompetenzen kumulativ an einer Universität erlangen und im Anschluss den Vorbereitungsdienst an der Schule absolvieren. In der einphasigen Ausbildung hingegen laufen Studium und Vorbereitungsdienst jeweils verkürzt parallel. Der Vorbereitungsdienst des zweiphasigen Modells soll mindestens 18, idealerweise 24 Monate dauern. „Bereits im Jahresgespräch mit der

Auch Staude hatte in seiner Rede am Vortag erneut die Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verurteilt und bezog auch die aktuelle Gewalt gegen Politiker und ehrenamtliche Wahlhelfer im Vorfeld der anstehenden Europawahl ein: „Jeden Tag erfahren wir von Übergriffen gegenüber Rettungskräften, Feuerwehrleuten, Gerichtsvollziehern, Finanzbeamten, Ordnungsamtsmitarbeiter, Jugendamtsmitarbeiter, Mitarbeiter in Jobcentern und zunehmend auch gegenüber Medienschaffenden. Inzwischen ist keine Beschäftigungsgruppe im öffentlichen Dienst mehr ausgeschlossen. Einer solchen Entwicklung muss sich unsere demokratische Wertegemeinschaft entschieden entgegenstellen. Angesichts der gegenwärtigen Angriffe im Vorfeld der Europawahl, beziehen wir ausdrücklich auch Übergriffe auf Politiker und ehrenamtliche Wahlhelfer mit ein, die wir als DBB NRW entschlossen verurteilen.“

Kultusministerkonferenz haben die dbb Lehrer- und Lehrergewerkschaften diese Punkte verdeutlicht“, hob Fleischmann hervor. „Seit Jahren warnen wir vor dem Lehrkräftemangel. Lange Zeit wurden diese Warnungen ignoriert, umso größer ist jetzt die Not. Gerade deswegen muss in der aktuellen Situation genau überlegt werden, welche Maßnahmen langfristig zielführend sind. Viele Studien zur Bildungsqualität zeugen davon, dass wir gerade jetzt bestens ausgebildete Lehrkräfte benötigen, um unseren Nachwuchs fit für die Zukunft zu machen.“

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes und der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, erklärte: „Ein duales Lehramtsstudium im Sinne der Einphasigkeit einzuführen, würde die Ausbildungsqualität deutlich absenken. Zudem hätten die Vergütung einer qualitativ minderwertigen Ausbildung und die Aufweichung der Zugangswege besorgniserregende Folgen für die Attraktivität des grundständigen Lehramtsstudiums. Derartige Maßnahmen drohen vielmehr den Lehrkräftemangel perspektivisch zu verschärfen.“ Für Lehrkräfte, die mangelbe-

dingt zunächst nur ein Fach unterrichten, forderte sie die nachträgliche universitäre berufsbegleitende Qualifikation für den Unterricht eines zweiten Fachs. „Darüber hinaus ist es das konstituierende Element des Unterrichts, die deutsche Sprache zu beherrschen. Deutschkenntnisse mindestens auf C-1 Niveau, besser auf C-2 Niveau, müssen daher zwingende Voraussetzung für den eigenständigen Unterricht sein, die nicht erst im Tun und parallel zum Unterrichten erworben werden soll“, so Lin-Klitzing und ergänzte: „Bei der Ergreifung von Maßnahmen müssen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, die bereits seit langer Zeit tagtäglich großartige Arbeit leisten, stets

berücksichtigt werden. Nur wenn der Arbeitsort Schule ausreichend attraktiv ist, kann dem Lehrkräftemangel langfristig begegnet werden.“

Hintergrund:

Der dbb Bundesvorstand hat das Positionspapier „Qualitativ hochwertige Lehrkräftebildung in Zeiten des Lehrkräftemangels“ verabschiedet. Darin sind zahlreiche Forderungen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität und -attraktivität des Lehramtsstudiums sowie zur Lehrkräftegewinnung enthalten, um die Bildungsqualität langfristig sichern zu können. [Zum Positionspapier auf dbb.de \(PDF\)](#)

Namen und Nachrichten

Frank Becker, der Vorsitzende des **dbb berlin**, hat am 4. Mai 2024 eine Karriere-Messe in der Jugendstrafanstalt Berlin besucht. Es war die erste eigene Berufsmesse des Berliner Justizvollzuges, das Motto lautete „Ausbildung im Justizvollzug. Voll vielfältig. Voll abgesichert. #volldeins“. Becker sagte im Vorfeld: „Ich bin sehr dankbar, dass der Strafvollzug zur Gewinnung von Nachwuchskräften neue Wege bestreitet und wünsche für die erste Karriere Messe alles Gute. Ich freue mich schon auf meinen Besuch vor Ort, um mir persönlich einen Eindruck von dieser Veranstaltung zu machen und die Kolleginnen und Kollegen des BSBD Berlin – Gewerkschaft Strafvollzug zu besuchen.“

Der Vorsitzende des **dbb mv**, Dietmar Knecht, hat mit weiteren dbb-Mitgliedern den traditionellen Empfang von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig anlässlich des Tags der Arbeit in Ludwigslust besucht. „Mecklenburg-Vorpommern hat sich in schwierigen Zeiten wirtschaftlich gut entwickelt. Daran haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer großen Anteil“, sagte Schwesig bei der Veranstaltung, wie der dbb Landesbund am 6. Mai 2024 mitteilte.

Nachdem bereits mehr als 45 Eisenbahnunternehmen neue Tarifverträge mit der **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** abgeschlossen und damit auch die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche vereinbart haben, weigert sich die City-Bahn Chemnitz GmbH (CBC) als einziges Unternehmen, dieses neue Marktniveau zu akzeptieren. „Es ist nicht erklärbar, warum die City-Bahner die einzigen Eisenbahner mit GDL-Tarifvertrag sein

sollen, die weiterhin in einer 38-Stunden-Woche arbeiten sollen. Die GDL-Tarifverträge sind so angelegt, dass die Arbeitnehmer entscheiden können, ob sie 22 Schichten im Jahr weniger arbeiten wollen, oder bei einer höheren Arbeitszeit bis zu 14 Prozent Entgelterhöhung erhalten können – damit ist der Wert der Arbeit der Eisenbahner stets gesichert“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Wesselsky am 6. Mai 2024. Das sture Verhalten der Geschäftsführung der City-Bahn Chemnitz habe nun Konsequenzen: Die GDL wird vom 8. Mai 2024, 3:00 Uhr, bis 10. Mai 2024, 12:00 Uhr, zu einem weiteren Streik bei der CBC aufrufen. Die GDL will außerdem die Ankündigungsfristen in Zukunft verkürzen und Streiks nicht mehr 24 Stunden vor Beginn ankündigen.

Kristina Fuhs liebt vor allem ihre Unabhängigkeit als Rechtspflegerin. „Kein Vorgesetzter redet mir in die Sachentscheidungen“, erzählt sie in der Mai-Ausgabe von „**DienstTag – Menschen, die Staat machen**“. Drei Jahre Anwältin, duales Studium, jede Menge juristisches Spezialwissen, Staatsexamen oder Diplom – und „schon“ ist Frau Rechtspflegerin am Gericht mit eigenem Zuständigkeitsbereich. „In dem uns übertragenen Rechtsgebiet entscheiden wir dann unabhängig. Da gleichen wir Richterinnen und Richtern. Nur in Straf- oder Zivilverfahren dürfen wir keine Urteile fällen. Das machen die Volljuristen“, so die 43-jährige Potsdamerin im dbb-Podcast. Die möglichen Rechtsgebiete sind dabei vielfältig: Straf- und Zwangsvollstreckungen, Pfändungen, Insolvenzen, Vereinsregister, Grundbucheintragungen oder Betreuungs- und Familiensachen.

Auf letzteres hat Kristina Fuhs sich spezialisiert. Wer seine eigenen Interessen nicht selbst wahrnehmen kann, wird unter Vormundschaft (bei Minderjährigen) oder Betreuung (bei Erwachsenen) gestellt. Dabei geht es oft um schwierige persönliche Umstände, um komplizierte juristische Sachverhalte und um viele – nicht nur für Laien – schwer zu durchdringende Gesetze und Vorschriften. Fuhs: „Das resultiert meist aus dem Versuch, Sachverhalte so zu formulieren, dass die Texte auf möglichst viele Einzelfälle passen. Und dann stellt man fest, hier muss noch eine Ausnahme hin und da noch eine Klarstellung und am Ende wird alles nur immer komplizierter.“ Überhaupt: Die Akten. Ja, das Klischee über die vielen Aktenberge in der Justiz stimme noch, erzählt die Rechtspflegerin. „Aber das mit den Papierstapeln wird weniger, auch wir kommen langsam im Zeitalter der Digitalisierung an.“ Das eigentliche Problem sei heute die Nachwuchsgewinnung: „Wir stehen in zunehmender Konkurrenz zu anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft. Gerade für Berufseinsteiger sind die Bedingungen bei uns dann aber oft nicht gut genug.“ Zum dbb Podcast geht es hier:

[Podcast -> dbb beamtenbund und tarifunion](#)
